

Fragen

für die Fragestunde der 229. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Mai 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	25, 26	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 33	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Kluckert, Daniela (FDP)	6, 7
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 35
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	15, 51	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	17, 18
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	46, 47	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 37
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	36, 67	Luksic, Oliver (FDP)	68, 69
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	56
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	27, 28
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	32, 64
Gohl, Christopher, Dr. (FDP)	24	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	48, 49
Herbst, Torsten (FDP)	20, 38	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 23
Herzog, Gustav (SPD)	59	Renner, Martina (DIE LINKE.)	41, 42
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	10, 11	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 72
Hohmann, Martin (AfD)	31, 50	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	43
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Skudelny, Judith (FDP)	4
Huber, Johannes (AfD)	9	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 34
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	60, 61	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	54, 55
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	21, 22	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	44, 45
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was waren nach Ansicht der Bundesregierung die fünf größten Erfolge der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze in der aktuellen Legislaturperiode?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was waren nach Ansicht der Bundesregierung die fünf größten Misserfolge der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze in der aktuellen Legislaturperiode?
3. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Lehnt die Bundesregierung die am 13. April 2021 vorgelegte japanische Strategie, mit Tritium verseuchtes Wasser aus der Reaktorkühlung in Fukushima ins Wasser einzuleiten, ab (vgl. www.bmu.de/rede/rede-von-svenja-schulze-bei-der-veranstaltung-35-jahre-tschernobyl-10-jahre-fukushima/), und wenn ja, welche Schritte ist die Bundesregierung bis jetzt gegangen, um dieses Vorhaben zu verhindern (wie z. B. Erarbeitung und Vorschlag anderer Lösungen anhand der breiten fachlichen Expertise der Bundesregierung im Nuklearbereich oder Anrufung des Internationalen Seegerichtshofs; vgl. www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/atomkraftwerk-fukushima-kontaminiertes-wasser-ableitung-pazifik-suedkorea?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.fr%2F)?
4. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP) Wie erklärt sich die Bundesregierung die Diskrepanz von über 600 Millionen zwischen den Angaben der absoluten Verbrauchszahlen für Kunststofftragetaschen mit Wandstärken unter 15 Mikrometer im Jahr 2019 in der Antwort auf meine Mündliche Frage 31, Plenarprotokoll 19/226, in Höhe von 3,646 Milliarden Kunststofftragetaschen und der auf der Homepage des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit veröffentlichten Zahl in Höhe von etwa 3 Milliarden „Hemdchenbeuteln“ (www.bmu.de/faq/plastiktueten-verbot/), Unterpunkt „Warum verbietet das BMU nicht auch die dünnen Hemdchenbeutel?“)?

5. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum zieht die Bundesregierung hochgefährdete Naturschutzgebiete als natürliche Senken heran, um so ihr Klimaziel zu erreichen, obwohl sowohl der Bestand als auch der Zustand der natürlichen Senken – Moore, Wälder uvm. – deutlich durch den Klimawandel verschlechtert werden und nicht klar ist, inwieweit sie überhaupt das notwendige CO₂ zur Zielerreichung einsparen (www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/GP-Sink-Target.pdf; Seite 7 f.)?
6. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Welche Auswirkungen werden sowohl das Ziel einer Treibhausgasreduktion um 65 Prozent bis 2030 als auch die angestrebte Klimaneutralität bis 2045 nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Verbraucherpreise für Diesel und Benzin in Deutschland haben, und mit welchem Preisanstieg rechnet die Bundesregierung bis 2025 (https://efahrer.chip.de/news/kostet-benzin-bald-2-euro-diese-kosten-stecken-in-deutschlands-neuem-klimapaket_104831)?
7. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung Verbänden eine Frist von weniger als 20 Stunden eingeräumt hat, um sich zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes zu äußern, und wenn ja, erachtet die Bundesregierung diesen Zeitraum als angemessen (<https://twitter.com/100erneuerbar/status/1391877297372815362>)?
8. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es korrekt, dass die Rückmeldefrist der schriftlichen Stellungnahme der Verbände zur aktuellen Änderung des Klimaschutzgesetzes weniger als 20 Stunden betrug, und hält das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit eine solche Frist in Bezug auf eine adäquate und substanzielle Beteiligung verschiedener Akteure für angemessen?
9. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wie begründet die Bundesregierung den Kabinettsbeschluss betreffend das Klimaschutzgesetz zur paritätischen Kostenübernahme von CO₂-Preisen (www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ministerin-svenja-schulze-das-ist-die-entscheidung-der-klimakrise-li.158686) auf den Öl- und Gasverbrauch durch den nach meiner Ansicht allein dafür verantwortlichen Mieter und den daran unbeteiligten Vermieter?

10. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse der durch die Internationale Klimaschutzinitiative finanzierten und von der Niger National Agency for the Great Green Wall for the Sahara and the Sahel Initiative durchgeführten Maßnahmen zur Wald- und Landschaftswiederherstellung in Niger (www.international-climate-initiative.com/de/details/project/pariser-abkommen-wald-und-landschaftswiederherstellung-in-nationalen-klimaschutzbeitraegen-18_III_094-3037), und sind ähnliche Projekte in der Sahara aus Sicht der Bundesregierung geeignet, die fortschreitende Desertifikation der Region aufzuhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

11. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage für lokale Mitarbeitende, die von der Bundesregierung finanzierte Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit umsetzen, nach dem begonnenen Abzug der internationalen Streitkräfte in Afghanistan, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus terroristischen Anschlägen in Afghanistan, die sich primär auf rein zivile Ziele oder Entwicklungserfolge wie Mädchenschulen zu fokussieren scheinen, für das weitere entwicklungspolitische Engagement der Bundesregierung (www.tagesspiegel.de/politik/opfer-zum-grossteil-zivilisten-mindestens-15-tote-bei-anschlaegen-in-afghanistan/27176424.html)?
12. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Diaspora-Organisationen hat das BMZ zur Veranstaltung „Diaspora Meets BMZ“ am 29. April 2021 aktiv eingeladen, und zu welchen Themen arbeitet das BMZ, neben dem Schwerpunktthema Flucht und Migration des Referats 220, mit Diaspora-Organisationen zusammen?

13. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die durchgeführten Explorationsbohrungen im Okavango Delta, bei denen laut Angaben des Bündnisses Saving Okavango's Unique Life (SOUL) Gruben für hochgiftige Bohrschlämme und Abwässer unversiegelt benutzt werden, und inwiefern wird sie, angesichts der anvisierten Förderphase von mindestens 25 Jahren in Namibia und Botswana und der erfolgten Aufhebung des Ölförderverbotes auf angolanscher Seite, den Schutzstatus der Kavango-Zambezi Transfrontier Conservation Area (KAZA) als Hauptsponsor schützen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

14. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde der Expertenrat „Integration und Vielfalt“ bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration nicht wie im Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (Nummer 78: www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf) angekündigt zum 1. Januar 2021 eingesetzt, und wie ist seine Zusammensetzung vorgesehen, insbesondere unter Berücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Expertise aus Migrantinnen-/Migranten(selbst)organisationen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

15. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren die Syndikatsgebühren für die erstmalige Begebung einer grünen Anleihe mit einer Laufzeit von 30 Jahren (bitte absolute Zahl und prozentuales Verhältnis zu den insgesamt bisher verausgabten Syndikatsgebühren im Jahr 2021 angeben), und mit welcher Gesamtsumme an Syndikatsgebühren plant das Bundesfinanzministerium für das Jahr 2021?

16. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung angesichts der aktuellen Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ vom Mai 2021 in Bezug auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen, und inwiefern plant sie vor dem Hintergrund dieser prognostizierten Einnahmeentwicklung auch in diesem Jahr einen anteiligen Ausgleich der coronabedingten kommunalen Steuerausfälle?
17. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie möchte die Bundesregierung die Besteuerung von Gewinnen aus Geschäften mit Kryptowährungen technisch umsetzen, und können beim Handel mit Kryptowährungen realisierte Verluste künftig bei der Berechnung der Kapitalertragsteuer berücksichtigt werden (www.manager-magazin.de/finanzen/geldanlage/einkommensteuer-auf-bitcoin-gewinne-finanzministerium-will-mit-schreiben-klarheit-schaffen-a-94606716-89dd-4634-8ee7-435c5e4182c2)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

18. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie oft haben nach Kenntnis der Bundesregierung Bundesminister in dieser Legislaturperiode private Kommunikationsmittel für dienstliche Belange benutzt, und gelten die Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) auch für Bundesminister (www.zeit.de/wirtschaft/2021-04/wirecard-untersuchungsausschuss-olaf-scholz-finanzskandal-befragung-bundestag/seite-2)?
19. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Werte will die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu ihrem Klimaschutzgesetz die Vorgaben für die Senkung der Treibhausgasemissionen im Bereich Gebäude in den kommenden Jahren bis 2030 nachschärfen, und mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung diese zusätzlichen CO₂-Einsparungen erreichen?

20. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Gesetzentwürfe wurden in der laufenden 19. Legislaturperiode durch die der Abteilung H/Heimat unterstellten Referate des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat erarbeitet und durch das Bundeskabinett verabschiedet, und wie viele dieser Gesetzentwürfe sind zum Stichtag 11. Mai 2021 bereits im Bundesanzeiger veröffentlicht worden?
21. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hält es die Bundesregierung für geboten, im Zuge einer Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes auch Regelungen hinsichtlich der Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 15. Mai 1935, das zahlreichen ins Ausland emigrierten Deutschen und ihren Abkömmlingen den Rechtsanspruch auf Wiedereinbürgerung entzogen hatte und lediglich noch sog. Ermessenseinbürgerungen vorsah zu treffen, indem dem betroffenen Personenkreis wieder die auch vor Beginn des Naziregimes geltenden Einbürgerungsansprüche verliehen werden, und welche Position vertritt sie hinsichtlich des Problems, dass nach meiner Kenntnis die sog. Konsulatsmatrikel zahlreicher emigrierter Deutschen in den Beständen der (früheren) deutschen Konsulate im Laufe der Jahre vernichtet wurden bzw. verloren gingen?
22. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie häufig wurde nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2018 der Verlust des Freizügigkeitsrechts gemäß § 5 Absatz 4 FreizügigG/EU festgestellt (bitte nach Jahren und nach den sieben wichtigsten Herkunftsländern differenziert darstellen), und was ist der Bundesregierung zu gerichtlichen Überprüfungen des Entzugs der Freizügigkeit durch die Ausländerbehörden bekannt?
23. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Einschleusung von Personen durch Funktionäre der türkischen Regierungspartei AKP nach Deutschland (www.tagesspiegel.de/politik/menschenschmuggel-nach-deutschland-ein-schleuser-skandal-koennte-erdogan-gefaehrlich-werden/27113446.html), und wie viele der betroffenen Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland Asylanträge gestellt (mit der Bitte um Aufschlüsselung nach BAMF-Außenstellen)?

24. Abgeordneter
Dr. Christopher Gohl
(FDP)
- Sind die Angaben der Bundesregierung in der Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/29651 nach Fahrraddiebstählen im Jahr 2020 korrekt, obwohl sie mit den Zahlen von 2019 zu erfassten Fällen von Fahrraddiebstählen übereinstimmen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/19773, Antwort zu Frage 20), und wie kommt es zu dieser Übereinstimmung der Zahlen aus den Jahren 2019 und 2020?
25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Bundespolizei bei dem am 10. August 2020 von ihr in der Ägäis mit Geflüchteten vollbesetzten festgestellten Schlauchboot („Deutsche Bundespolizisten in illegalen Pushback verwickelt“, DER SPIEGEL vom 28. November 2020) ihre Verpflichtungen konkret gemäß Artikel 9 der Seeaußengrenzenverordnung (Hilfeleistung bei Seenot) umgesetzt vor dem Hintergrund, dass entsprechend Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe e der Seeaußengrenzenverordnung eine Prüfung über das Vorliegen einer Notsituation oder Notlage vorgesehen ist und in diesem Zusammenhang womöglich die Menschen in dem Schlauchboot unverzüglich an Bord hätten genommen werden müssen, und welche „einschlägigen Informationen und Beobachtungen“ hat sie daraufhin wie vorgeschrieben an die zuständige Rettungsleitstelle übermittelt (bitte aufschlüsseln, was die Abwägungen, entsprechend der Seeaußengrenzenverordnung konkret ergeben haben und welche konkreten Informationen übermittelt wurden)?
26. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Haben sich die Personen an Bord des von der Bundespolizei am 10. August 2020 in der Ägäis mit Geflüchteten vollbesetzten festgestellten Schlauchbootes („Deutsche Bundespolizisten in illegalen Pushback verwickelt“, DER SPIEGEL vom 28. November 2020) geweigert, Hilfe anzunehmen (Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe h der Seeaußengrenzenverordnung), und welche Anweisungen der zuständigen Rettungsleitstelle hat die Bundespolizei, wie in diesem Fall vorgeschrieben, befolgt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung zur Lage des ukrainischen Oppositionsführers Viktor Medvedtschuk, bei dem eine Hausdurchsuchung durchgeführt und dessen Vermögen beschlagnahmt wurde und der vergeblich versucht hatte, sich bei der Generalstaatsanwaltschaft mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen des Hochverrats vertraut zu machen (www.unian.ua/politics/medvedchuk-zahotiv-potrapiti-v-kabinet-genprokura-venediktovoji-ale-yogo-tudi-ne-pustili-zmi-vi-deo-novini-ukrajina-11417803.html), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Umgang des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit der politischen Opposition in der Ukraine für ihr außenpolitisches Handeln?
28. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Wie viele regierungskritische Fernsehsender, Radiostationen und Internetportale wurden seit Jahresbeginn 2021 bis heute in der Ukraine nach Kenntnis der Bundesregierung verboten bzw. gesperrt, und welche weiteren Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung hinsichtlich des Grades der Pressefreiheit bzw. der Lage oppositioneller, regierungskritischer Medien in der gegenwärtigen Ukraine?
29. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche mit der „Regierung der Nationalen Einheit“ in Myanmar hat die Bundesregierung bislang geführt bzw. geplant (bitte aufschlüsseln nach Datum, Teilnehmenden, Inhalt; (www.sueddeutsche.de/politik/myanmar-san-suu-kyi-bundesregierung-1.5290739), und welche weiteren Schritte plant die Bundesregierung, gegebenenfalls im Rahmen der EU, um die Militärjunta in Myanmar stärker unter Druck zu setzen wie von den Vereinten Nationen gefordert (www.tagesschau.de/ausland/asien/myanmar-un-103.html)?
30. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kriterien waren 2019 ausschlaggebend für die Anerkennung von Juan Guaidó als venezolanischen Interimspräsidenten durch die Bundesregierung, und inwiefern erfüllt die „Regierung der Nationalen Einheit“ in Myanmar diese Kriterien nicht, um ebenfalls von der Bundesregierung als legitime Staatsführung anerkannt zu werden?

31. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Inwieweit gibt oder gab es Überlegungen seitens der Bundesregierung zu gemeinsamen Gedenkveranstaltungen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zu den Jahrestagen „Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion“ (22. Juni 1941, also 2021 vor 80 Jahren) und „Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT) aus Deutschland“ (am 9. September 1994, also 2024 vor 30 Jahren), Letzteres beispielsweise mit einem Zapfenstreich unter Beteiligung von Veteranen der WGT?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

32. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der neuerlichen Bewertung der Expertengruppen der EU-Kommission, die Kernkraft in einer vergleichenden Untersuchung als „nachhaltige“ und „saubere“ Energieerzeugungstechnologie bewerten mit Blick auf die eigenen energiepolitischen Bestrebungen (vgl. <https://jungefreiheit.de/wissen/natur-und-technik/2021/atomkraft-renaissance-deutschland/>, zuletzt abgerufen am 6. Mai 2021)?
33. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung den vorgezogenen Ausstieg aus der Kohle vor dem Hintergrund, dass aus rein wirtschaftlicher Perspektive das letzte Kohlekraftwerk 2030 vom Netz gehen muss, um das EU-Klimaziel und nun auch das angekündigte Klimaziel der Bundesregierung von – 65 Prozent auch nur ansatzweise zu erreichen, und wenn ja, wie (https://static.agora-energien.de.de/fileadmin/Projekte/2021/2021_04_KNDE45/A-EW_209_KNDE2045_Zusammenfassung_DE_WEB.pdf)?
34. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Werte will die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu ihrem Klimaschutzgesetz die Vorgaben für die Senkung der Treibhausgasemissionen im Bereich Energiewirtschaft in den kommenden Jahren bis 2030 nachschärfen, und mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung diese zusätzlichen CO₂-Einsparungen erreichen?

35. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung im Rahmen des Investitionsprüfverfahrens nach den §§ 55 ff. der Außenwirtschaftsverordnung die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zwischen der russischen Atomfirma TVEL – ein Tochterunternehmen des staatlichen Konzerns Rosatom – und der französischen Framatome in Lingen untersagt (vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/atomkraft-regierung-prueft-russischen-einstieg-in-deutsche-fabrik-a-90c97c04-6aeb-456b-9d17-69305657f643), und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung konkret (bitte unter Angabe der Gründe, weswegen eine indirekte Tätigkeit der militärisch verwickelten Rosatom in Lingen die öffentliche Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt; vgl. www.rosatom.ru/en/all-enterprises/)?
36. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Welche Verbesserungen bei der Corona-Überbrückungshilfe III werden seit wann umgesetzt bzw. sollen ab wann umgesetzt werden (www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/UBH/Navigation/DE/Home/home.html)?
37. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der Dauer der coronabedingten Einschränkungen z. B. für Einzelhandelsunternehmen die Höhe des Beihilferahmens für die Inanspruchnahme der Überbrückungshilfe III durch Unternehmen bzw. Unternehmensverbände, und welche Aktivitäten unternimmt die Bundesregierung, um den beihilferechtlichen Rahmen diesen Gegebenheiten anzupassen?
38. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- War bzw. ist es das erklärte Ziel der Bundesregierung, 30 Millionen Dosen des russischen COVID-19-Impfstoffs Sputnik V zu erwerben, und falls ja, hält die Bundesregierung in Anbetracht des ungewissen Zeitpunkts der Zulassung durch die Europäische Arzneimittelbehörde sowie des konkreten Liefertermins an diesen Plänen fest (www.mdr.de/nachrichten/sachsen/russland-millionen-impfdosen-sputnik-deutschland-kretschmer-100.html)?
39. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Vorwürfen verschiedener Menschenrechtsorganisationen gegen das von einem deutschen Unternehmen für den Deutschen Pavillon auf der Expo 2020 in Dubai beauftragte Unternehmen T. LLC bezüglich arbeitsrechtlicher Verstöße vor, und wie schätzt die Bundesregierung die Konsequenzen dieser Vorwürfe für die Außenwirkung Deutschlands im Zuge der Expo 2020 ein?

40. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung vergleichbare Fälle zu den Vorwürfen bezüglich T. LLC bei der Zusammenarbeit zwischen deutschen und emiratischen Unternehmen bei der Expo 2020 bekannt, und inwieweit wird sichergestellt, dass menschen- und arbeitsrechtliche Standards im Vorfeld einer Zusammenarbeit für die Expo 2020 geprüft werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

41. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Seit wann führt der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Beschuldigten im Komplex „Turonen“ bzw. „Garde 20“ einen Prüfvorgang (ARP; vgl. www.belltower.news/grossrazzia-a-in-thueringen-die-biker-nazis-der-turonen-garde-20-bruderschaft-thueringen-112619/; www.mdr.de/nachrichten/thueringen/razzia-neonazi-netzwerk-drogenhandel-turonen-garde-bruderschaft-100.html)?
42. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wurde seitens des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Beschuldigten im Komplex „Turonen“ bzw. „Garde 20“ ein Rechtshilfersuchen an Behörden in Österreich gestellt (bitte unter Angabe des Zeitpunktes und der adressierten Behörde beantworten; www.belltower.news/grossrazzia-in-thueringen-die-biker-nazis-der-turonen-garde-20-bruderschaft-thueringen-112619/; www.mdr.de/nachrichten/thueringen/razzia-neonazi-netzwerk-drogenhandel-turonen-garde-bruderschaft-100.html)?

43. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- In welchem Zeitrahmen wird die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Erleichterungen und Ausnahmen von Geboten und Verboten im Rahmen der „Verordnung zur Regelung von Erleichterungen und Ausnahmen von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19“ (Bundestagsdrucksache 19/29257 vom 4. Mai 2021) auch für Bürger aus Drittstaaten gelten, sodass der Status von vollständig geimpften Menschen unabhängig von der Staatsangehörigkeit global verstanden werden darf, und in diesem Sinne wann konkret werden gegenüber vollständig geimpften Menschen aus Drittstaaten, die für die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland kein Visum benötigen, die deutschen Außengrenzen wieder geöffnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

44. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie viele arbeitslose Personen befanden sich jeweils in den Jahren 2010, 2015, 2019 und 2020 in einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung, unterschieden nach den Bereichen des Dritten und Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, und wie hoch war jeweils deren prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in den genannten Bereichen?
45. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie viele arbeitslose Personen befanden sich jeweils in den Jahren 2010, 2015, 2019 und 2020 in einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung in Jobcentern als gemeinsame Einrichtung und in Jobcentern als zugelassener kommunaler Träger, und wie hoch war jeweils deren prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in den genannten Bereichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

46. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Inwiefern wird die Bundesregierung bei der Entscheidung zum Beschaffungsvorhaben „Schwerer Transporthubschrauber“ Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen als auch die unterschiedlichen Lebenszykluskosten und die unterschiedlichen Personalbedarfe berücksichtigen, wie es die israelischen Streitkräfte vorgenommen haben (www.behoerden-spiegel.de/2021/02/23/kostenrechnung-transporthubschrauber/), und wurde ein nach meiner Information vorliegendes entsprechendes Angebot zur Kooperation durch die israelischen Streitkräfte wahrgenommen?
47. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Wurden seitens der Bundesregierung Haftungsrisiken geprüft, da laut der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer eine Entscheidung zum Beschaffungsvorhaben „Schwerer Transporthubschrauber“ bereits im zweiten Quartal 2021 getroffen werden sollte, aber die Gerichtsentscheidung zum Vergabeverfahren noch nicht abgeschlossen ist (www.welt.de/politik/deutschland/article224280902/Bundeswehr-US-Ruestungskonzern-verklagt-Verteidigungsministerium.html), und wurden Zertifizierungsrisiken seitens der Bundesregierung in Betracht gezogen, da insbesondere die Luftbetankungsfähigkeit für die Langstreckenfähigkeit der zur Auswahl stehenden Hubschraubermodelle als nationale Forderung notwendig ist (www.flightglobal.com/helicopters/germany-needs-in-flight-refuelling-for-future-heavy-lift-helicopters/126905.article)?
48. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Erwägungen ist die Außerdienststellung der Kormoran-2-Lenkflugkörper ab 2012 erfolgt, und wie wurde diese durchgeführt (bitte nach Ort sowie Art und Weise der Entsorgung aufschlüsseln; vgl. www.bundeswehr.de/de/organisation/marine/aktuelles/plaedoyer-fuer-das-maritime-patrol-aircraft)?
49. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass Sprengköpfe der in den 1980er Jahren von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) entwickelten und von EADS produzierten Lenkflugkörper Kormoran 2 abgereichertes Uran enthielten (vgl. <https://taz.de/Muellkippe-der-Nato/!5107013/>), und wann erfolgte deren Außerdienststellung aus den Bundeswehrbeständen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

50. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Inwieweit hat sich die Zahl der Suizide von Frauen und Männern in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten sechs Jahren jeweils entwickelt?
51. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die FFP2-Masken-Beschaffungskosten der anderen Regierungen in der Eurozone im Vergleich zu den Beschaffungskosten des Bundes während des Open-House-Verfahrens (bitte, sofern bekannt, Beschaffungspreisniveau je Land angeben), und gab es diesbezüglich im Zuge der Beschaffung einen Austausch mit den Gesundheitsministerien anderer Euro-Länder?
52. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung gegen Fälschung von Impfpässen, deren Erwerb, Besitz und Gebrauch (siehe zur Problematik beispielsweise www.tagesspiegel.de/politik/freiheit-fuer-nen-fuffi-faelschung-von-impfaessen-kann-kaum-verhindert-werden/27171908.html) jeweils realistisch angepasste Sanktionsvorschriften entwerfen (zum Beispiel auch, um eine Verfolgung mit der höher strafbedrohten Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB statt nur gemäß § 277 StGB als geringer strafbedrohte Fälschung von Gesundheitszeugnissen zu ermöglichen), und welche Maßnahmen zu höchstmöglicher Fälschungssicherheit der Impfausweise wird die Bundesregierung nun ergreifen (zum Beispiel durch Verbreitung von Handreichungen vor allem an Polizeien und Ordnungsämter zur Identifizierung von Fälschungen)?
53. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sehen die konkreten Vorbereitungen der Bundesregierung aus, um bis zum Ende der Sommerferien allen Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren ein Impfangebot mit dem Corona-Impfstoff BioNTech machen zu können (www.aerzteblatt.de/nachrichten/123763/Coronaimpfung-fuer-Jugendliche-laut-Spahn-bis-Ende-der-Sommerferien-moeglich), und plant die Bundesregierung, diese Impfungen jeweils in den Schulen durchzuführen?

54. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1990, 2000, 2010, 2017, 2019 und 2020 jeweils die Zahl der Krankenhäuser und die Zahl der Krankenhausbetten in Rheinland-Pfalz (bitte für die Jahre 1990 [hilfsweise: 2005] und 2019 zusätzlich auch nach öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Trägerschaft aufschlüsseln)?
55. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Was waren nach Kenntnis der Bundesregierung die drei häufigsten Gründe für Krankenhausschließungen seit 1990 in Rheinland-Pfalz?
56. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Zu welchen Ergebnissen ist der Sachverständigenausschuss für Betäubungsmittel in seiner 54. Sitzung am 15. März 2021 in Bezug auf Tagesordnungspunkt 6 „Änderungen der Anlagen des BtMG“ gekommen?
57. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden die Auftragnehmer zur Umsetzung des digitalen Impfnachweises alle in der Ausschreibung des Bundesministeriums für Gesundheit angeforderten Leistungen bereits zum Start des digitalen Impfnachweises umsetzen können, und wenn nein, welche Leistungen werden ausgelassen (bitte begründen)?
58. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Praxen nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in der Stadt Münster und im Gebiet der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe am Feldtest der elektronischen Patientenakte teil?
59. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass zwar die Zahl der gemeldeten Corona-Infektionen der Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte vom Robert Koch-Institut bei der Berechnung des Inzidenzwertes herangezogen wird (DIE RHEIN-PFALZ vom 6. Mai 2021 „Post nach Berlin und Karlsruhe“), diese Angehörigen jedoch nicht bei der Zahl der regionalen Bevölkerung berücksichtigt werden und damit ein höherer Wert von 10 bis 25 Inzidenzpunkten errechnet wird (ZEIT ONLINE vom 6. Mai 2021 „Verfassungsbeschwerde: Streit um Streitkräfte und Inzidenz“), womit es wie gerade geschehen früher zur Anwendung des § 28b IfSG kommt und eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht (1 BvR 97/21) eingereicht wurde, weil im Landkreis Kaiserslautern mit rund 106.000 Einwohnern nach den Regelungen des NATO-Truppenstatutes mindestens 18.000 nicht meldepflichtige Stationierungsstreitkräfte sowie weitere Angehörige leben?

60. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Kriterien sind für die Bundesregierung maßgeblich für die Aufhebung der „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ im Sinne des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), und befürwortet sie, alle Einschränkungen der Grundrechte spätestens dann aufzuheben, wenn allen volljährigen Menschen in Deutschland die Möglichkeit eröffnet wurde, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen?
61. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwieweit plant die Bundesregierung, neben den durch das Paul-Ehrlich-Institut zugelassenen Impfstoffen gegen COVID-19 auch andere Impfstoffe für die Definition von Geimpften im Sinne der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung (SchAusnahmV) anzuerkennen, beispielsweise das von der Weltgesundheitsorganisation für die Notfallverwendung akzeptierte Sinopharm-Vakzin aus China („WHO list additional COVID-19 vaccine for emergency use and issues interim policy recommendation“, who.int, 7. Mai 2021) oder das in der Slowakei und Ungarn zugelassene sowie flächendeckend in San Marino verwendete, russische Vakzin „Sputnik V“ („San Marino trumpft groß auf“, neues-deutschland.de, 16. April 2021), und wie werden mit diesen Impfstoffen geimpfte Personen derzeit in Bezug auf Einreiseregulungen (Quarantäne etc.) behandelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

62. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Steht die Einführung von Systemtrassen (vgl. www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/Gesetze/Gesetze-19/gesetz-weiterentwicklung-eisenbahnregulierungsrecht-stellungnahme-3.pdf?__blob=publicationFile) im Rahmen des Deutschlandtakts nach Kenntnis der Bundesregierung im Widerspruch zum Unionsrecht, und wie ist in diesem Zusammenhang nach Kenntnis der Bundesregierung die Aussage der Machbarkeitsstudie zu verstehen, dass der Deutschlandtakt nicht im Widerspruch zum Unionsrecht steht (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/E/deutschland-takt-machbarkeitsstudie-schienenverkehr-bericht.pdf?__blob=publicationFile; S. 83 ff.)?

63. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf wie vielen Bahnhöfen/Haltepunkten der Deutschen Bahn AG in Baden-Württemberg befinden sich aktuell Photovoltaikanlagen oder sind konkret geplant, und welche Leistungen sind installiert bzw. mit den konkreten Planungen vorgesehen?
64. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche konkreten Pläne verfolgt die Bundesregierung derzeit, unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten, aber insbesondere auch im Lichte umwelt- bzw. klimapolitischer Aspekte, ein allgemeines Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen zu forcieren (vgl. www.hna.de/verbraucher/tempolimit-130deutschland-verkehr-umfrage-schulze-scheuer-klimaschutz-130-politik-news-90496946.html, zuletzt abgerufen am 6. Mai 2021)?
65. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, in Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundes-Klimaschutzgesetz das Bundeshaushaltsgesetz bzw. Fernstraßenausbaugesetz noch in dieser Wahlperiode zu überarbeiten (bitte begründen)?
66. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Probleme sind der Bundesregierung in Bezug auf das autonome Fahren (Level 4) bekannt, die im Schadensfall nach einem Unfall dadurch entstehen könnten, dass das Haftungsregime die Halterinnen und Halter in Verantwortung sieht, wenngleich diese nur noch sehr eingeschränkt schadensmindernd reagieren können, und wie plant die Bundesregierung, diese Probleme gegebenenfalls zu beheben?
67. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Welche Bundesmittel sind für die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken ausgereicht bzw. veranschlagt (bitte für die 13 deutschen Flächenländer für den Zeitraum 2017 bis 2020 sowie für 2021 bis 2025; Bundestagsdrucksache 19/28588, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu den Fragen 10 und 11)?
68. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Inwiefern sieht sich die Bundesregierung bzw. die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes für die Bergung des gesunkenen Schiffs „Vaterland“ in der Saar bei Saarbrücken verantwortlich, und welche Maßnahmen unternimmt bzw. plant die Bundesregierung bezüglich des Wracks (www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saarbruecken/das-gesunkene-schwimmschiff-wird-in-saarbruecken-zum-problem-aid-57982163)?

69. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung für den Verkehrsbereich, um die im Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes zulässigen Jahresemissionsmengen für die Jahre 2020 bis 2030 zu erreichen, und wie bewertet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die im Entwurf enthaltene Formulierung, dass im Verkehrssektor die Elektrifizierung von Fahrzeugen massiv voranzutreiben ist vor dem Hintergrund eines technologieoffenen Ansatzes (www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Glaeserne_Gesetze/19_Lp/ksg_aendg_refe/Entwurf/ksg_aendg_refe_bf.pdf, S. 9 und S. 24)?
70. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die Kosten der Bundesstraßenprojekte, die in Niedersachsen in den Jahren 2017 bis 2021 baulich realisiert wurden, im Vergleich zu den Kosten, mit denen die Projekte erstmals in die Straßenbauplanung aufgenommen wurden, entwickelt (bitte tabellarisch darstellen)?
71. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fernverkehrsverbindungen in welche Bahnhöfe im Harz bestehen derzeit (bitte inklusive Taktung darstellen)?
72. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bahnhöfe in Bayern kommen im 1.000-Bahnhöfe-Programm für den „Umbau mittelgroßer Bahnhöfe mit höchster Priorität (1.000-4.000 Fahrgäste/Tag)“ (vgl. www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/E/bahnhofskonzeptplus-anlage-2-barrierefreier-umbau-mittelgrosser-bahnhoefe.pdf?__blob=publicationFile) grundsätzlich für diese Maßnahme in Frage, und liegt inzwischen eine Anmeldung des Freistaats Bayern vor (vgl. www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2021/019-scheuer-bahnhofskonzept-plus.html#:~:text=Umfang%20der%20Modernisierung%3A-,1.,und%20Informationen%20f%C3%BCr%20die%20Reisen.)?